

PRESSEMITTEILUNG

09.03.2017

MEHR GELD FÜR FRAUENHÄUSER?

Soll es vom niedersächsischen Sozialministerium jetzt geben. Man prüfe derzeit, inwieweit die Richtlinie zur Förderung von Gewalt betroffener Frauen und Mädchen überarbeitet und der Haushalt hierfür aufgestockt werden kann.

„Es ist ja schön, dass die SPD sich auch endlich dieses Themas annimmt. Ich begrüße ebenfalls eine Erhöhung der finanziellen Mittel, so sie denn kommt“, äußert sich **Dieter Küßner**, gleichstellungspolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion. „Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die Belegungssituation in den hannoverschen Frauenhäusern nach wie vor dramatisch ist“ und ergänzt „alle drei Frauenhäuser sind überbelegt und haben aufgrund dieser Situation auch schon Frauen abweisen müssen! Das sind unhaltbare Zustände!“

„Die Gleichstellungs-AG der CDU-Ratsfraktion sieht dringenden Handlungsbedarf, den sie bereits vor gut einem Jahr- an den Oberbürgermeister gerichtet - zum Ausdruck gebracht hat. Die engagierten Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser werden im Regen stehen gelassen. Neben ihrer eigentlichen Aufgabe, traumatisierten Frauen und Kindern zu helfen, müssen sie jetzt auch die Folgen der verfehlten Wohnungspolitik in Hannover versuchen, zu kompensieren“, erläutert **Küßner** und führt weiter aus „bedingt durch den Wohnraummangel in der Stadt können viele hilfesuchende Frauen und Kinder die Frauenhäuser oft gar nicht verlassen, weil sie auf dem freien Markt keine Wohnungen finden. Dadurch dauert der Aufenthalt in den Frauenhäusern für manche Frauen teilweise mehr als ein Jahr an, wobei man sonst von einer durchschnittlichen Unterkunftszeit zwischen wenigen Wochen und sechs Monaten ausgeht! Dies führt dazu, dass keine Kapazitäten in den Frauenhäusern frei werden und die hilfesuchenden Frauen und Kinder dort unter völlig beengten Verhältnissen leben müssen!“

„Diese Gruppe, sowohl die traumatisierten Frauen und Kinder, als auch die vielen Helferinnen, ist auf unseren Schutz, unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung angewiesen. Deshalb fordern wir den Oberbürgermeister erneut mit Nachdruck auf, umgehend zu handeln und dafür Sorge zu tragen, dass Wohnraum, im Zweifel auch in Kleinstmodulbauweise, zur Verfügung gestellt wird“, erklärt **Küßner** abschließend.

Kontakt: Dieter Küßner, gleichstellungspolitischer
Sprecher der CDU-Ratsfraktion, Tel.: 0172 – 51 77 468



CDU RATSFRAKTION
HANNOVER